

An das
Präsidium des Nationalrats
Ministerialentwürfe | Parlament Österreich

An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
verfassungsdienst@bka.gv.at

Wien, am 05.09.2025

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine
Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 geändert wird;
GZ: 2025-0.578.612

Die Vereinigung der österreichischen Richterinnen und Richter erstattet (unter Einbeziehung der Sektion Verwaltungsgerichte) zum oben angeführten Gesetzesvorhaben folgende

Stellungnahme:

Die geplante Novelle sieht unter anderem die Abschaffung der sogenannten „Ediktalsperre“ vor, um Großverfahren schneller abwickeln zu können. Zugleich soll die Schwelle für Großverfahren von derzeit 100 auf 50 Beteiligte gesenkt werden.

Die angestrebte Verfahrensbeschleunigung ist nachvollziehbar und nicht zu beanstanden.

Allerdings reduzieren die geplanten Änderungen auch den Rechtschutz der Parteien, weshalb es begleitender Maßnahmen bedarf. Dazu wird auf die ausführliche Stellungnahme der Vereinigung der Richter:innen des Bundesverwaltungsgerichtes verwiesen.

Dr. Gernot Kanduth

Präsident